























Abgleich Parteien-Antwort auf Wahlprüfsteine / Koalitionsvertrag






WPS	Grüne	LINKE	Koalitionsvertrag	Dossier-Ini (Vorschlag)
<p>1+3: Neubau per Erbbaurecht, Verdichtung <i>(Initiative Haus der Statistik, Netzwerk Berliner Mietshäusersyndikats-Initiativen, Stadt von Unten, bizim kiez)</i></p>	<p>„Berliner Bodenfonds“ ausbauen; Erbbaurecht per „Bodensicherungs-gesetz“ öffnen, Konzeptverfahren: 99-jährige Nutzung soziale + ökologische Auflagen Residualwertverfahren (Verkaufspreis in Abhängigkeit von Nutzung); Festpreisverfahren per Reform BauGB und ImmoWertVO;</p>	<p>Orientierung von Erbbauzins an gemeinwohlorientierter wirtschaftlicher Nutzung statt an Verkehrs- und Ertragswert („sozialer Ertragswert“); Vergabe von Erbbaurechten mit den Auflagen dauerhafte Miet- und Belegungsbindung mit Anteil „30 bis 50% der Wohnfläche“, leistbare Mieten, sozialökologische Kriterien; Vergabe nach Festpreis statt Bestgebot; Flächenvergabe an LWU, Genossenschaften und soziale Bauträger mit dauerhaften Bindungen (Modellprojekt); Berliner Bodenfonds GmbH stärken (Umgehung der Schuldenbremse); „Öffnung für Modellvorhaben (dauerhafte Bindungen mit Erbbaurecht) (ist) durchgesetzt“, Übernahme Ulmer Modell prüfen; Einführung BodensicherungsG mit Beteiligung Bodenbeirat; sektorale B-Pläne mit Sozialwohnun-gen-Quoten (anstelle §34-BauGB-Gebieten ohne B-Pläne); weitgehende Abschöpfung von Bodenpreisge-winnen; Vorratspolitik durch strategische Ankäufe; Erhö-hung der Grunderwerbsteuer: (fehlt Bindung von B-Plä-nen an kommunalen Flächenerwerb)</p>	<p>„Überarbeitung des Flächennut-zungsplans von 1994 prüfen“ Bodenbeirat bei der Berliner Boden-fonds GmbH“, öffentlich einsehba-res Liegenschaftskataster“, „Eine Verlängerung der Laufzeiten von Erbbaurechten auf maximal 99 Jahre werden wir anbieten“; strategisches Flächenmanagement für Bezirke;</p> <p>„Maßvolle und verträgliche weitere Verdichtung in bestehenden Stadt-strukturen, auch über die bisherigen Bau- bzw. Traufhöhen hinaus“; höhere Dichte in den bisher defi-nierten 16 neuen Stadtquartieren“; Festhalten am Hochhausleitbild</p>	<p> gegenüber bisheriger Praxis Fortschritt in wichti-gen einigen Punkten; wich-tige Forderungen in Dos-sierbeiträgen sowie von Grünen und LINKE zur Bo-denpolitik sind nicht erfüllt.</p>
<p>2: Vorkaufsrecht <i>(23 Häuser sagen NEIN!, Bizim Kiez, MieterWerkStadt Charlottenburg, Sozialbündnis Alt-Treptow)</i></p>	<p>Vorkaufsrecht per „Bündnis mit allen gemeinwohlorientierten Akteuren, Vorkauf mit Belegungsrechten, soziale Vermietungspraxis, faire und ökologi-sche Bewirtschaftung und Sanierung „transparente Liegenschaftspolitik“ + „aktive Bodenpolitik“; Einbindung von Hausgemeinschaften, Zivilgesellschaft + Bezirken; Gleichstellung gemeinwoh-orientierter Akteur:innen; mehr Transparenz für betroffene Mie-ter:innen; „gemeinnützige Stadtbodenstiftung (Community Land Trusts)“; öff. Liegen-schaftskataster</p>	<p>aktivere Rolle der LWU, mehr Kooperation zwischen LWU, SenSW und Bezirken; Gründung von Vorkaufsräten, Informations- und Beratungsstelle für Mieter:innen, Mieter:innen-Information über Vorhaben und Abwen-dungs-Vereinbarungen; Preislimitierung über Änderung BauGB und Im-moWertVO</p>	<p>Neu-Regelung verschoben an Bund: zum „Vorkaufsrecht fordert die Koa-lition den Bund auf, eine klarstel-lende, rechtssichere Regelung um-zusetzen“.</p>	<p> Für die Entscheidung, dass ohne Bau-GB-Novelle Vorkaufsrechte in Berlin de-finitiv vollständig ausfallen, d.h. nur bei „Schrottimmo-bilien“ zulässig sind, muss die Urteilsbegründung ab-gewartet werden</p>





<p>4: Mieter:innenvertretung (inkl. LWU)/Hausräte (kommunal & selbstverwaltet wohnen)</p>	<p>Mitbestimmung der Mieter:innenschaft; keine Ungleichbehandlung zwischen Mieterräten und Mieterbeiräten (Novellierung WoVG): Integration „aller selbstverwalteten Häuser“</p>	<p>Einführung von Mieter:innen-Mitbestimmung, Mitwirkung und -Mitentscheidung, Mieterbeiräte stärken (Novellierung WoVG, Wiedervorlage des Gesetzentwurfs von Mieterräten und -beiräten), Stärkung der Selbstorganisation von Mieter:innen, z.B. von Hausräten in Pacht Häusern; „unternehmensübergreifender „Koordinierungsstelle zur Unterstützung der Tätigkeit und der Zusammenarbeit der Mieterräte und Mieterbeiräte der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften“</p>	<p>prüfen: durch eine Novelle des Wohnraumversorgungsgesetzes (WoVG), „inwieweit gesetzliche Verankerung der Mieterbeiräte, ein Vorschlagsrecht für die Wahl der Mieterräte sowie Anhörungs-, Vorschlags- und Erörterungsrechte der Mieterbeiräte einen Beitrag dazu leisten könnten“</p>	 Prüfauftrag -- mit geringen Chancen wegen SPD-Widerstand gegen Mieter-Mitbestimmung, weil angeblich Verstoß gegen Aktien- und GmbH-Gesetz (aber Hausräte außen vor)
<p>5: Wohnungslosigkeit/ Leerstände (Berliner Obdachlosenhilfe e. V., Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung e. V., AK Wohnungsnot)</p>	<p>„Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden, personell gut ausgestatteten Fachstellen ‚Wohnungsnotfallhilfe‘ in den Bezirken“:</p>	<p>Housing first/ Safe Places als Regelansatz, enge Abstimmung mit den Bezirken; Verhinderung von Zwangsäumung (Reform Bundesgesetz):</p>	<p>„Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beenden“, Prinzip Housing first, Umsetzung „Berliner Masterplan zur Überwindung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030“, „personelle Unterstützung von Bezirken, die Fachstellen zur Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit errichten“, Weiterführung des „Modellprojekt Obdachlosenlots*innen“, Wohnungsvermittlung durch berlinweite Clearingstelle</p>	
<p>6: Umwandlungen (#200Häuser)</p>	<p>mehr Personal in Bezirken zur Überwachung; Abschaffung der Ausnahmen im BauGB (Bund):</p>	<p>Berlinweiter Milieuschutz mit entsprechender Ausstattung der Bezirke; einheitliche Anwendung der 2-Jahres-Mindestwohndauer der Mieter:innen (Neuköllner Modell) ausbauen; Genehmigungsvorbehalt ausweiten auf ganz Berlin; Einführung allg. Umwandlungsverbot durch Länderermächtigung nach Baulandmobilisierungsg prüfen</p>	<p>Bund zuständig für Schutz vor Eigenbedarfskündigungen Landesebene: Prüfung „verbesserten Schutz vor Eigenbedarfskündigungen auf Landesebene“</p>	 Verantwortung Vershoben an Bund; auch ohne Änderung BauGB stärkere Ahndung möglich, z.B. durch schärfere Kontrollen der Umwandlungspraxis
<p>7: feministische Stadtpolitik (Netzwerk Feministisch Enteigneten)</p>	<p>„Antwort wird nachgereicht“</p>	<p>bezirkliche Frauenräte gründen bzw. stärken; Schaffung einer Anlaufstelle „Fair Mieten“; Einrichtung Runder Tisch Anti-Diskriminierung; besondere Berücksichtigung Alleinerziehender Frauen und besonderer Bedarfsgruppen bei Wiedervermietung; LWU zum Vorreiter des Leitbilds „Berlin vermietet fair“ machen</p>	<p>„Wir unterstützen die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.“</p>	 Fachstelle unterstützt, keine Aussagen zu Frauen und Wohnungsmarkt
<p>8: Versorgungslücke leistbare Wohnungen</p>	<p>„mindestens 75 oder gar 80 Prozent der Fläche für Menschen mit wenig</p>	<p>Anteil an kommunalen, genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten am ges. Wohnungsbestand deutlich ausweiten (Beispiel Wien):</p>	<p>„Die Kooperationsvereinbarung mit den LWU wird fortgeschrieben und</p>	 der bislang starke Widerstand der LWU gegen




<p>(Initiative Mieten-volksentscheid)</p> <p>Wohnungsbündnis</p>	<p>Einkommen oder im Transferbezug bereitstellen“:</p> <p>Ausbau des 2. Fördersegments: auch Menschen, die „etwas zu viel“ verdienen, müssen Chance haben; dazu mehr Eigenkapital für LWU</p>	<p>Quote geförderter Neubau-Wohnungen in LWU auf 75% steigern bis zu 100% in best. Projekten; mit 2. Förderweg (WBS-Stufe 180%) auch Haushalte der unteren Mittelschicht-berücksichtigen; Förderquote in koop. Bauland-Entwicklung (BLE) von 30 auf 50% anheben; deutliche Aufstockung der Wohnungsbau-Förderung ggf. Zuschuss zum Eigenkapital der LWU</p>	<p>weiterentwickelt. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf dem Versorgungsauftrag für Menschen, die am Wohnungsmarkt benachteiligt sind.“</p> <p>„Nur wenn wir ausreichend bezahlbare Wohnungen schaffen und gleichzeitig Mieter*innen schützen, werden wir den Wohnungsmarkt in Berlin nachhaltig entspannen.“</p> <p>„Die Ergänzungsvereinbarung von 2021 wird beibehalten.“ Vorrang Flüchtlinge bei WBS;</p> <p>„Das bewährte Kooperative Baulandmodell wird in Anlehnung an das Münchner Vorbild weiterentwickelt“, nichts zu Eigenkapital-Unterstützung LWU</p> <p>Zielsetzung im „Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen: „Neubau von 20.000 Wohnungen im Jahr“; Wohnungsneubau hat „höchste Priorität“</p>	<p>Ausweitung der WBS-Belegung wird anhalten.</p> <p> positiv Vorrang Flüchtlinge bei WBS-Vergabe</p> <p> Schwerpunkt auf benachteiligte Haushalte, positive, aber auslegbare Aussagen</p> <p> positiv koop. BLE angelehnt an München, aber Fokus auf „mittleres Preissegment (2. Förderweg WBS-Stufe 180%)“, 1. FW status quo</p> <p> Bündnis(Gesamtwertung): keine Festlegung auf erweiterte Quoten. Status quo bleibt; Der beanspruchte Vorrang leistbarer Wohnungen (ohne Anteilangabe) steht in Widerspruch zu Giffey's stärkerer Gewichtung der priv. Immobilienwirtschaft;</p>
<p>9a): Mieten im „alten“ Sozialen Wohnungsbau (mieterstadt.de)</p>	<p>„Wir Grüne stehen nicht zur Verfügung, wenn das Kostenmietenprinzip .. abgeschafft wird. Verbot von Entschuldungsgewinnen u.a. Extra-Renditen; Stufenmodell: 1. Rein objektbezogene Mietförderungen von Vermieterseite, 2. Subjektförderung, wenn Mietbelastung auf Mieterseite zu groß. Subventionierte Wohnungen nicht teurer als nicht subventionierte Wohnungen; Stärkung der zivilrechtlichen Position der Mieterhaushalte bei Überprüfung der Mietenhöhe; Einbeziehung</p>	<p>Abkehr von Richtsatzmiete (Wahlprogramm), keine Anrechnung fiktiver Kosten, subventionierte Mieten absenken unter die Miete subventionierter Wohnungen</p> <p>„Die Miethöhen im sozialen Wohnungsbau haben keine zivilrechtlichen Facetten.“</p>	<p>„zügig rechtliche Möglichkeiten prüfen zur Vermeidung fiktiver Kosten und der Überschreitung der Sozialmieten über die OVM“</p>	<p> (als Gesamtbewertung), Abschiebung an neue Expert:innen-Runde zu erwarten mit Risiko der Wiederholung des jahrelangen Streits;</p> <p> Zivilrechtliche Aspekte bei Sozialwohnungen werden vereint.</p>


	der Expertise der kritischen Zivilgesellschaft			 keine Abschaffung des Kostenmietenprinzips  Vermeidung fiktiver Kosten  Absenkung unter OVM
9b) Bindungen in angekauften Sozialwohnungen retten (Kotti & Co)	„Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des Neubaus ... knüpfen“	„Auch für die ehemaligen Sozialwohnungen in privatem Besitz sollen mietenregulierende Regeln gelten.“	„Die Koalition strebt die Verlängerung von Bindungszeiten für Miet- und Belegungsbindungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten an. Es wird geprüft, inwieweit die Nachwirkungsfrist bei vorzeitiger Rückzahlung öffentlicher Baudarlehen verlängert werden kann.“ „Angekaufte gebundene Wohnungen bleiben dauerhaft gebunden.“	 Forderungen erfüllt. Umsetzung erfolgt bei der „Weiterentwicklung“ der KoopV
10: Rekommunalisierung neu ausrichten/ DWE (23 Häuser sagen NEIN!, Initiative Mietenvolksentscheid),	Rekommunalisierung intensivieren: soziale Vermietungspraxis, faire und ökologische Bewirtschaftung und Sanierung: .; VergesellschaftungsG: Aufsichtsrat-Besetzung entsprechend VE-Ergebnis:	Vor- und Ankauf auch für Akteur:innen jenseits der LWU unterstützen; Anwendung der Kooperation-Regelungen, Förderung von Mieterräten, -beiräten und Hausräten (WohnungswirtschaftsG); DWE: Übertragung der Bestände des DW&Co in eine AÖR durch ein AÖR-ErrichtungsG als Ergänzung zum DWE-VergesellschaftungsG; Entschädigung „sehr, sehr deutlich unterhalb des Marktwertes“:	s. Sondierungspapier (leicht verändert im Koalitionsvertrag)	 die DWE- „Expertenkommission“ (Besetzung offen) soll das ob und das wie untersuchen; Senatsverwaltungen (insbesondere SPD-geführte SenSW) sollen „gegebenenfalls Eckpunkte“ zur Umsetzung vorlegen; Senat soll auf Basis der vorliegenden Voten entscheiden. Fazit: eine über mindestens 2 Jahre sich hinziehende Entscheidung mit offenem Ausgang
11: LWU: hier Umbau (alle Beiträge Initiative Mietenvolksentscheid)	Neubauziele: jährlich 20.000 überwiegend sozialverträgliche Wohnungen	Neubauziele: keine Zahlen	35.000 WE in 5 Jahren	 letzte Legislaturperiode nur 23.700 Neubau-WE (nach Senatsangaben Ds. 18_2400) von den 35.000 nur max. Hälfte sozialver-

				<p>träglich. Dabei Ausnahmeregelung der KoopV-Ergänzung: „bei Bauvorhaben von 151 bis 500 Wohnungen auf Antrag ein Anteil von bis zu 10 %, bei Bauvorhaben ab 500 Wohnungen bis zu 20 %, der Flächen der Neubauwohnungen im 2. Förderweg (für WBS 180) errichtet.“ Da überwiegend neue Stadtentwicklungsprojekte werden diese Zahlen schnell erreicht. Mittelschicht profitiert damit gegenüber einkommensschwachen Haushalten.</p>
11 Steuerung	<p>Beseitigung der bestehenden Missstände bei der Steuerung der LWU; „die große Strukturreform der LWUs entsprechend Vorschlag der WVB stufenweise umsetzen“; mit „Managementeinrichtung als AöR die Steuerung der Wohnungsunternehmen bündeln und dann eine Bausteuerungs-GmbH ins Leben rufen“; „Konzept für eine Holding für die LWU“, „Ausrichtung als Anstalt öffentlichen Rechts“</p>	<p>Einfluss von Politik und Verwaltung auf LWU ausbauen, stärkere Kooperation der LWU untereinander, Ausbau der Umbaustufen „bis zur Holding“ (Wahlprogramm) Bauhütte Tegel als Modellprojekt für „Bauleistungen für gemeinwohlorientierte Wohnbauträger:innen“ gründen:</p>	<p>„gemeinsame stärkere Planungs- und Neubaueinheit Synergieeffekte ... umsetzen“ soll der „bisherige Kurs fortgesetzt“ werden; positiv „Wohnungsneubau in serieller Bauweise“</p>	 <p>status quo: „wird der bisherige Kurs fortgesetzt“; abgesehen von einzelnen Punkten (s.u.) im Grundsatz Fehlanzeige zu Steuerung und Umbau der LWU</p>
11 Bau+ Planungs- kapazitäten	<p>Bau- und Planungskapazitäten ausbauen, modulares Bauen, Typengenehmigungen oder gemeinsames Holzbaucoluster</p>	<p>„Aufbau eigener Planungs- und Baukapazitäten bis zu Holding-Modellen“, Stärkung der Kooperation der LWU u.a.</p>	<p>„Investitionsfähigkeit der LWU wird ... gesichert“. „in Absprache mit LWU“ klären: durch „gemeinsame stärkere Planungs- und Neubaueinheit Synergieeffekte“ schaffen</p>	 <p>status quo: („Invest. gesichert“); Baufähigkeit soll aufgebaut werden; Umsetzung fraglich, bislang strikte Ablehnung durch LWU</p>
11 Dezentralisierung)	<p>Steuerung zentralisieren, Verwaltung dezentralisieren“</p>	<p>Verbesserung der Servicequalität der LWU vor Ort von Hausmeistern bis zu „wohnortnahen Kundenzentren“</p>	<p>stärkere Integration der Dienstleistungen der LWU;</p>	 <p>positiv, aber wolkig</p>

11 WVB	mehr Kompetenzen der WVB durch Änderung WoVG; Konzept zur Verbesserung der Mieter:innen-Beteiligung	WVB-Funktionen der Evaluierung und Weiterentw. der LWU-Leitlinien ausweiten auf Unternehmensstruktur und ausgew. Bereiche der Unternehmensführung; Systematisierung der Mitbestimmung durch WVB; Neubesetzung des Fachbeirats	Prüfauftrag Stärkung der WVB-Funktionen (Mietermitbestimmung, Kontrolle, Evaluierung und Weiterentwicklung der LWU-Leitlinien)	 nur „prüfen“, ob WVB-Aufgaben erweitert werden können - s. zu SPD und Mitbestimmung, Ablehnung im WVB-Vorstand (Volker Härtig, SPD)
11 LWU Klimaschutz	klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. „Größtes Holzhochhaus Europas in Berlin“ als Signal. „Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen und wegkommen von Beton und Stahl.“	Einsatz ökologisch verträglicher Baumaterialien und insbesondere Holzbau verstärken; Vorrang Recycling unter Berücksichtigung von Lebenszyklusphasen; grundsätzlicher Vorrang von Passivhaus-Standards bei LWU;	„Die landeseigenen Unternehmen haben hier eine Vorreiterrolle“ beim Klimaschutz; Lebenszykluskosten als Kriterium nutzen, „möglichst aus nachwachsenden und kreislaufgerechten Baustoffen“; CO2-Klimaneutralität der LWU bis 2045 „Schwerpunkt auf Investitionen in Klimaschutz bei öffentlichen Gebäuden und Flächen, Einrichtung „Senatsausschuss Klimaschutz“	 klare Fortschritte, wenn auch z.T. nur abstrakt
11 Härtefallklausel	nichts (!)	nichts (!)	„Die soziale Härtefallklausel wird von Nettokalt auf Bruttokalt umgestellt.“	 Umstellung auf Bruttokalt wichtig; <u>fehlt</u> : wie Überwindung der nur marginalen Umsetzung?
11 Ombudsstelle	Ombudsstelle für alle Mieter*innen	nichts	„Zur Konfliktregelung zwischen Mieter*innen und LWU streben wir die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle bei der WVB mit Auskunftsrecht an.“	 positiv, aber keine Angabe, wer einrichtet, abwarten
12: Thf retten/Klimaschutz/Versiegelung (Initiative 100 % Tempelhofer Feld)	Bebauung nicht vereinbar mit Klimaschutz, wir „stehen zum Feldgesetz“; „Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung im Jahr 2030 an“, „jede versiegelte Fläche“ ausgleichen:	Thf-Gesetz gültig, neue nichtkommerzielle Freizeitangebote initiiert durch Initiativen; Umbau und die Erweiterung Priorität gegenüber Abriss und Neubau; Senkung der Klimabelastung u.a. durch Verabschiedung eines KleingartenG, dauerhafte Widmung von Friedhöfen als Grünfläche; nachhaltige Bodenpolitik als Entsiegelung und Umnutzung, Entwicklung eines Entsiegelungsplans, Vorrang flächensparenden Bauen; ökologisch verträgliche Bau- und Dämmmaterialien, bei Neubau u.a. durch Holzbau;	„Für die Zeit der Legislaturperiode wird keine Randbebauung des Tempelhofer Feldes geplant.“ "Bestandsnutzungen am ehemaligen Flughafen Tempelhof werden sukzessive gesichert." „Rechtlich zulässige Zwischennutzungen, die keine erheblichen Baumaßnahmen erfordern, sind möglich.“	 Die Zwischennutzung des Gebäudes konnte durchgesetzt werden

		Änderung der Berliner Bauordnung unter Berücksichtigung der Lebenszyklusphasen baulicher Anlagen im Sinne nachhaltigen Bauens		
13: Mieter-Beteiligung Sanierungsgebiete <i>(Anwohnerinitiative Weigandufe, ElWe44, Kiezmiezen, Mieter:innen in Sanierungsgebieten)</i>	Regelmäßige Information über Vorhaben von Senat, Bezirken und privaten Investoren in Vorhabenliste, Kontrolle der Umsetzung der Leitlinien durch Beteiligungsrat	einheitliche Rahmenbedingungen für Beteiligung von Betroffenen, Durchsetzung der Anwendung von § 137 BauGB in Bezirken; kein Übergewicht von Hauseigentümer:innen in Sanierungsbeiräten; Rederecht für Mieter-Initiativen in Ausschusssitzungen, Verbindlichkeit von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren etc. stärken	nichts	
14: Diskriminierung bei Wohnungssuche <i>(Women in Exile)</i>	„wird nachgereicht“	unabhängig von Aufnahmezustand Vorrang der eigenen Wohnung vor Aufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften; Verpflichtung der LWU zu diskriminierungsfreier Vermietung an Geflüchtete und Menschen mit Migrations-Hintergrund, WBS für alle Geflüchtete, festes Kontingent für Geflüchtete und Wohnungslose	Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) konsequent anwenden, „Wir unterstützen die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.“	 die Übertragung des Leitbildes „Berlin vermietet Fair“ der Fachstelle wurde nicht in die KoopV der LWU übernommen.
15: Genossenschaftsförderung <i>(Die Genossenschaftler*innen, NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e. V., Netzwerk Berliner Mietshäuser-syndikats-Initiativen)</i>	„wird nachgereicht“	Zustimmung zu allen Ini-Forderungen, Fortsetzung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen durch zinslose Darlehen für WBS-Berechtigte	Beteiligung der Genossenschaften am Mietenbündnis	 stärkere Förderung der Genossenschaften vereinbart, jedoch nichts zu den Forderungen im Dossierbeitrag, wie z.B Identitätsprinzip, Ausschluss privater Gewinne und der Umwandlung in Eigentum
16: Verdrängung von Gewerbe <i>(Bizim Kiez, NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e. V.)</i>	Unterstützung der Forderungen des Wahlprüfsteins, mehr Vorgaben der Bezirke (Bauplanungsrecht), mehr landeseigene Gewerbehöfe, Verringerung gastronomischer Betriebe in BauNVO wie in FK, mehr bezahlbare Gewerberäume durch LWU; Anpassungen im BauGB notwendig z.B. Ausdehnung des	hoher Handlungsbedarf, Gewerbe-Vergabe der LWU, Ziel optimale gewerbliche „Durchmischung der Quartiere“; Forderung nach sozialem Gewerbemietrecht auf Bundesebene zur Eindämmung der Explosion der Gewerbemieten:	„konsequenter Schutz von Gewerbetrieber:innen“; Mietenkataster für Wohnen und Gewerbe; Kleingewerbe-Förderung durch LWU; für Gewerbemietpreisbremse und Kündigungsschutz im Bund;	 z.T. sinnvolle Forderungen, aber auch Verschiebung wichtiger Punkte an Bund

	Milieuschutzes auf Gewerbe, s. Grünen-Gesetzentwurf zur Einführung soziales Gewerbemietrecht, „trennschärfere Definition von Gewerbebetrieben bzw. Arten in der Baunutzungsverordnung“,			
17: Datenhoheit über digitalen Wohnungsmarkt (<i>Bündnis digitale Stadt Berlin</i>)	„wird nachgereicht“	„die gewachsene Marktmacht der LWU nutzen, um große Portale auszutrocknen“, Aufbau gemeinwohlorientierter, öffentlicher Plattform; Auflage für Vermieter:innen im Milieuschutz, Gewerbe nur über öffentliche Plattform anzubieten (Prüfung); Aufbau Mietenkataster für Wohnen und Gewerbe mit entsprechenden Daten	„Die Koalition prüft binnen eines halben Jahres, wie ein Mietkataster für Wohnen und Gewerbe rechtssicher, effektiv und digital umgesetzt werden kann.“ Ziel ist die zügige Vorlage eines Gesetzesentwurfs	 (allerdings ist die Prüfung bereits durch SenSW erfolgt, - mit positivem Ergebnis)
18: Energetische Modernisierung (<i>Bündnis Mieterprotest Kosmosviertel</i>)	KfW-40-Standard beim Neubau und KfW-55-Standard im Bestand; Modernisierungsumlage im Bund abschaffen	Belegungsbindungen bei Zuschüssen für energetisch sinnvolle Maßnahmen, Ausrichtung der Förderprogramme an warmmietenneutraler Sanierung, Verpflichtung der Vermieter:innen zur Inanspruchnahme der Förderprogramme soweit rechtlich möglich, Abschaffung der Modernisierungsumlage auf Bundesebene	Schwerpunkt Klimaschutz bei energetischer Sanierung, „Die Koalition wird die Schaffung und Verlängerung von Preis- und Belegungsbindungen im Zuge einer Novellierung der Wohnungsbauförderung für energetisch sinnvolle Maßnahmen ermöglichen.“ „Sanierungen und Neubaustandards werden am Ziel der Klimaneutralität und Sozialverträglichkeit ausgerichtet.“ energetische Gebäudesanierung ist Schwerpunkt des 10-Jahres- Investitionsprogramms	 positive grundsätzliche Zielstellungen, jedoch angesichts der bisherigen Praxis z.T. nur abstrakt
19: Airbnb austrocknen/ZweckEntFremVO (<i>Bündnis digitale Stadt Berlin</i>)O	„wir werden weiter für schlagkräftiges und strenges Gesetz kämpfen, mit dem wir in Koalition gescheitert sind.“ <u>prüfen:</u> für Nutzung der Airbnb-Daten durch die Stadt ist Rechtsrahmen notwendig, den Berlin nicht allein schaffen kann, auch europaweite Regelungen notwendig:	Durchsetzung der Pflicht zur Erhebung der Übernachtungssteuer; per Novellierung des ZweckEntFremdG: Ausdehnung auf Ferienwohnungen in Gewerberäumen, Verpflichtung der Internet- und Anzeigenportale auf Löschung illegaler Angebote und auf Veröffentlichung der Registrierungsnummer, Förderung alternativer Plattformen unter der Bedingung gesetzeskonformer Geschäftspolitik, Ablehnung Vermietung von Ferienwohnungen	Verpflichtung der Internet- und Anzeigenportale auf Löschung illegaler Angebote;	 grundsätzlich positive Zielstellung

20: Taskforce und Schiedsstelle (Bucht für Alle)	„Antworten werden nachgereicht“	Unterstützung der Forderung nach Taskforce und Schiedsstelle, Ansiedlung der Stellen bei SenSW oder Senatskanzlei, Entwicklung einer kooperativen Stadtentwicklung gemeinsam mit Initiativen und engagierten Bürger:innen:	für „konsequenten Schutz von ...soziokulturellen Projekten; „Wir prüfen die Einrichtung einer Taskforce für bedrohte Räume der Berliner Mischung und Soziokultur zur Bewältigung von stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen und Konflikten.“	 jedoch keine konkreten Vorhaben als Bezugsbeispiel genannt; Prüfauftrag ist kein Umsetzungsaustrag
---	---------------------------------	--	--	---

SPD (ausgewählt, da nur vereinzelt Antwort vorhanden, weil SPD nur ihr Wahlprogramm geschickt hat)

Neubauziel: „bis 2030 200.000 neue Wohnungen“ (Forts. n.ä. Seite)

Bodenpolitik: „Berliner Bodenfonds weiterentwickeln“; Vergabe öffentlicher Liegenschaften an Private nur per Erbbaurecht, dauerh. Bestandshaltung, Planungswertsteigerungen abschöpfen.

„kostenlose Mieter:innenberatung in den Bezirken“; „Mietenmoratorium“ im Bund; Einführung Mietenkataster

„Landesprogramm für eine neue Wohngemeinnützigkeit; kooperative Baulandentwicklung „weiterentwickeln“ „Sozialbauquote von 30 Prozent durchsetzen“

in der neuen Legislatur Bestand der kommunalen WE mindestens 400.000, damit zusätzlich 70.000 =14.000 fertiggest. WE/a, d.h. mehr als Verdreifachung der Ist-Zahlen.

Kritik: kein Bezug auf die real fehlende Baufähigkeit der LWU. Thf: „Die SPD steht dem Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes offen gegenüber“, „sind für einen zweiten Volksentscheid offen“ Weiterführung bisheriger Klima-Maßnahmen

Unterzeichner:innen:

Andrej Holm, 23 Häuser sagen NEIN !, Initiative Mietenvolksentscheid, Initiative 100 % Tempelhofer Feld, kotti & co, MieterWerkStadt Charlottenburg (bizim kiez ist noch im Entscheidungsprozess)